

SOLIDARITÄT GEGEN REPRESSION

Am 16.1. und 23.1.2008 findet vor dem Amtsgericht Erfurt der Prozess gegen Angelo Lucifero statt. Angelo ist Gewerkschafter und engagiert sich seit Jahren gegen Neofaschismus und Rassismus und wurde deswegen seit 1991 immer wieder von Nazis bedroht und handfest angegriffen. Weil er sich am 15. März 2007 gegen einen neuerlichen Übergriff mit einer Schreckschusspistole zur Wehr gesetzt hat, wurde durch das Amtsgericht ein Strafbefehl über eine Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung erlassen.

Dies ist ein Skandal, auch weil das Gericht es trotz der Tatsache, dass sich unter den Belastungszeugen bekannte Nazikader befinden nicht für nötig hielt, eine Hauptverhandlung zu eröffnen und Angelo oder die Entlastungszeugen anzuhören.

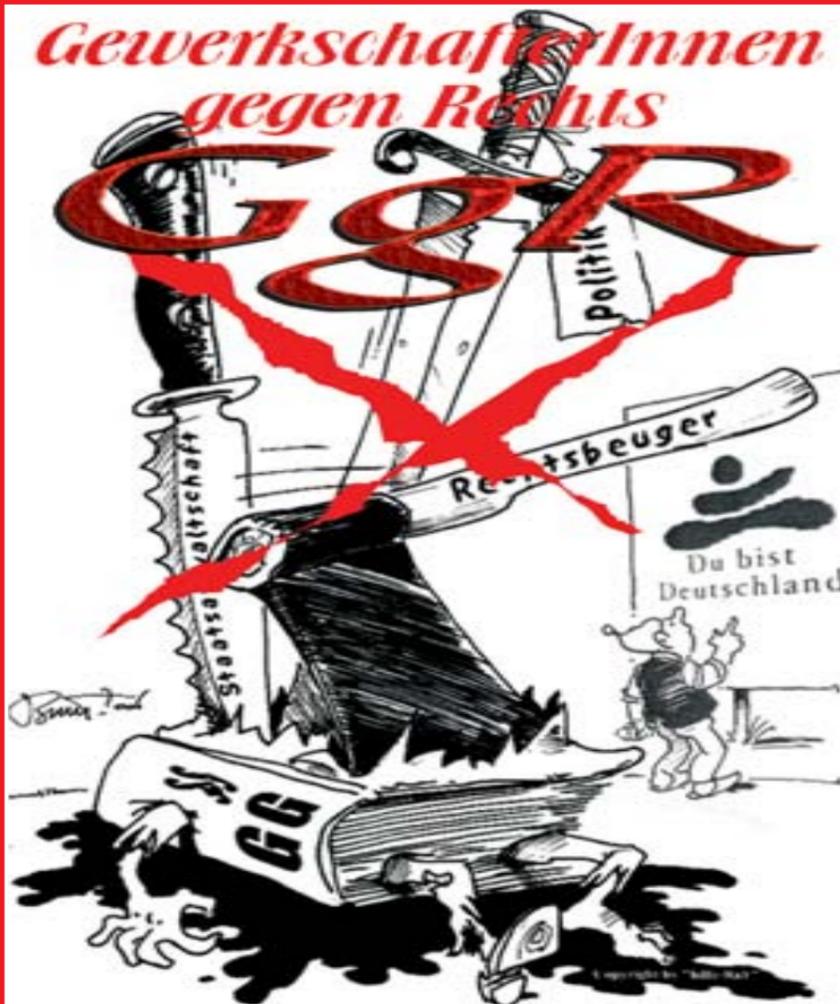
Gegen den Strafbefehl hat Angelo in allen Punkten Einspruch eingelegt,

so dass es nun zur Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Erfurt kommen wird. Alle, die nicht wollen, dass die öffentliche Diskussion von Staatsanwaltschaft und Lokalpresse bestimmt und der Gerichtssaal von feixenden Neonazis besetzt sein wird, sind aufgefordert, zu dem öffentlichen Prozess zu kommen.

Kommt zum Prozess!

Mittwoch, 16. Januar, 8:00 Uhr, und Mittwoch, 23. Januar 2008, 8:00 Uhr, Amtsgericht Erfurt, Rudolfstraße 46, Raum 18

<http://ggr.blogsport.de>



EINLADUNG

Donnerstag, 20. Dezember 2007, 18:30 Uhr
im Fillerhaus in Erfurt (Schillerstraße 44, hinter dem ver.di-Haus)

Fiese Tricks von Polizei und Justiz

Ihr macht eine Gedichtelesung ... und landet im Polizeiknast mit dem Vorwurf, einen Brandanschlag versucht zu haben. Einen Brandsatz hat sich die Polizei selbst gebastelt. Das glaubt niemand? Die Polizeiakten selbst belegen es. Aber das ist nur ein Fall: Verfolgung wegen Graffitis, die es nie gab. Gipsabdrücke von Schuhen des gewünschten Tatverdächtigen, die aber nicht am Tatort, sondern von der Polizei später selbst hergestellt wurden. Beweisvideos und -fotos verschwinden aus den Polizeizimmern, Falschaussagen werden gedeckt, Observationen verschwiegen, um Straftaten zu erfinden: Das Leben ist ein Bond-Film. Ein erschreckender, zuweilen witziger und immer spannender Vortrag mit konkreten Fällen, Auszügen aus nichtöffentlichen Polizei- und Gerichtsakten auf Overheadfolien - ein tiefer Blick hinter das Grauen von Polizei- und Justizalltag!

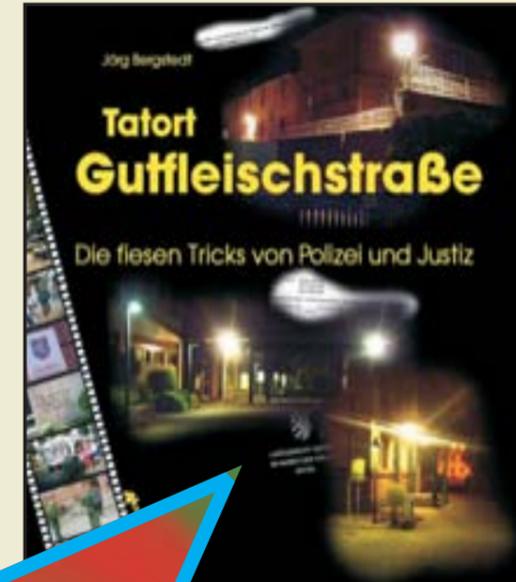
Und was hat das alles mit uns zu tun?

In einem zweiten Teil der Veranstaltung wollen wir gemeinsam diskutieren, welche Erfahrungen dieser Art es in Thüringen gibt und wie Betroffene damit einen Umgang suchen. JedeR kann eigene Erfahrungen mit einbringen und sich über konkrete Repressionen von seiten der Polizei und Justiz austauschen bzw. eigene Handlungsstrategien mit anderen erörtern.



Veranstaltung mit
Jörg Bergstedt
von der
Projektwerkstatt
Saasen

www.projektwerkstatt.de



Morde,
Prügel,
Fälschungen,
Drohungen ...



Weitere Veranstaltungen "Fiese Tricks von Polizei und Justiz"

- ★ Montag, 17. Dez., 18 Uhr, JENA, Hörsaal 4 (Unicampus)
- ★ Dienstag, 18. Dez., 19 Uhr, HALLE/Saale im Cafe Biohope (Mittelstr. 9, Eingang Schulstr.)
- ★ Mittwoch, 19. Dez., 19 Uhr, DRESDEN-Pieschen im Jugendhaus „Roter Baum“ (Großenhainer Str. 93, Hinterhof)

www.projektwerkstatt.de/fiesetricks
www.ggr.blogsport.de - www.thueringerratschlag.tk - www.lag-antifa.org
Mitteilung: AsR@bi-gb.de oder g-g-r@web.de

Entsprechend § 6 Abs. 1 VersG sind Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von den Veranstaltungen ausgeschlossen.



Tarifgestalter wird von der Polizei niedergeschlagen ...



Tarifaktion wird von der Polizei behindert ...

WO RECHT ZU UNRECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT!

In welchen Händen liegt das Gewaltmonopol?

Zwischen 1995 und 2004 wurden in Berlin 98,3% aller Körperverletzungsanzeigen gegen Polizisten ohne Verurteilung abgeschlossen. In 1,3% aller Fälle kam es zu einer Anklage, in 0,4 zu einer Verurteilung. Für Berlin gilt also, dass die Wahrscheinlichkeit sehr gering ist, dass ein gewalttätiger Polizist juristische Konsequenzen fürchten muss. Solche Beamten können sich auch vor disziplinarischer Verfolgung relativ sicher fühlen: 1999 z.B. gab es in Berlin 967 einschlägige Anzeigen – aber nur 26 Disziplinarverfahren.

Auszug aus der Internetseite zum Tod durch Polizeikugeln in Nordhausen 2002

<http://www.iknowwhathappened.de/waspassiert1.htm>

Die Aufklärungen von Straftaten, die durch Polizeibeamte begangen worden sein sollen, führen selten zu einer Verurteilung. So endeten z. B. 98% der eingeleiteten Ermittlungsverfahren in Baden Württemberg in den Jahren 1993/94 und 96% in Berlin zwischen 1994 und 1999 mit einer Einstellung des Verfahrens. In zwei unabhängig voneinander erhobenen Studien haben die Menschenrechtsorganisationen „Amnesty International“ (ai) und „Aktion Courage“ ein deutliches Bild über die Brutalität hiesiger Polizeieinsätze gezeichnet.

Danach seien in den vergangenen Jahren zahlreiche Menschen Opfer unverhältnismäßiger Gewalt durch PolizeibeamtInnen geworden. Die Studien dokumentieren diverse exemplarische Fäl-

le, bei denen PolizistInnen Grundrechte verletzt und Gefangene willkürlich misshandelt hätten. Viele Betroffene der Zwangsmaßnahmen wurden dabei schwer verletzt, für einige hätten sie sogar tödliche Folgen gehabt. Zudem seien vor allem Menschen nichtdeutscher Herkunft Opfer von Polizeigewalt.

Eine Anzeige gegen Polizeibeamte nur mit Rechtsschutzversicherung?

„Amnesty International“ bestätigt in diesem Zusammenhang ein hinlänglich bekanntes Ritual:

Auf Anzeigen gegen BeamtInnen der Polizei wegen Körperverletzung im Amt reagiere die Ordnungsmacht regelmäßig mit Gegenanzeigen wegen angeblichen Widerstands, Beleidigung und Körperverletzung, wobei ihr von den Gerichten dabei meist eine höhere Glaubwürdigkeit zuerkannt werde als den Geschädigten. Bezeichnender Weise wies die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Vorwürfe als „blanken Unsinn“ zurück, die Bürgerrechtsorganisationen sollten lieber Berichte über Gewalt gegen die Polizei verfassen.

Was man trotzdem tun kann (statt den Kopf in den Sand zu stecken und mit den Zähnen zu knirschen), darum wird es bei der Veranstaltung gehen!

Der Rechtsextremismus wächst, weil es zu wenig Gegenwehr gibt und viele Antifas kriminalisiert werden.

☛ 1987 gab es in der alten BRD ca. 1.500 faschistische Straftaten.

☛ 1991 gab es im vereinten Deutschland schon ca. 3.900 rechtsextreme Straftaten.

☛ 2006 gab es sogar 18.000, „allein“ 455 Fälle von Körperverletzungen, faschistische Straftaten und jetzt noch mehr.

☛ Seit 1991 wurden circa 200 Menschen, Nichtdeutsche und Deutsche, aus rassistischen, antisemitischen oder rechtsextremen Motiven ermordet. Offiziell sind 138 Todesopfer registriert.

☛ In Ostdeutschland ist der Anteil der Menschen mit rechtsextremen Bewusstsein höher, es gibt mehr Straf- und Gewalttaten und rechtsextreme Parteien waren oder sind seit 1990 in allen Landesparlamenten vertreten - außer Thüringen. Das will die NPD Thüringen 2009 ändern.

☛ 2007 sind in Thüringen 600 gewaltbereite Rechtsextremisten registriert.



Antifas werden von der Polizei behindert, während Nazis gleichzeitig ungestört den Antifa niederschlagen können ...



Nazi fordert Polizist auf, Antifa zu verhaften ...



Antifa wird von Polizisten behindert, sich gegen Nazis zu wehren ...



Nazis werden von der Polizei geschützt und die Antifas behindert ...

- ☛ 22% der 18- bis 29-Jährigen
- ☛ 20% der 20- bis 44-Jährigen
- ☛ 15% der 45- bis 59-Jährigen und
- ☛ 37% der 60 Jahren und älter

finden, dass der Nationalsozialismus nicht nur schlechte, sondern auch gute Seiten hatte.



Wäre die gesamte Polizei, Justiz und Politik wie der, dann hätten die autoritäre Republik und Nazis keine Chance!

FÜR MICH IST ES EIN UNERTRÄGLICHER ZUSTAND ZU WISSEN, DASS MENSCHEN MIT ANDERER HAUTFARBE ANGST HABEN, ABENDS RAUS ZUGEHEN, WEIL SIE NICHT IN DAS RASTER RECHTSEXTREMER PASSEN

Polizeidirektor Berlin Ost, Michael Knappe